

Bedroht uns der Islam?

BASSAM TIBI

Ist der islamische Fundamentalismus eine Erfindung westlicher Strategien, die ein neues Feindbild brauchen? Das scheinen etliche deutsche Intellektuelle zu glauben. Doch nur Weltfremde können die Auswüchse des politischen Islam übersehen, die in manchen Zentren Europas gedeihen.

Nach den ersten Ergebnissen eines international vergleichenden Großprojekts der American Academy of Arts and Sciences ist der religiöse Fundamentalismus zwar nicht nur eine islamische Erscheinung, sondern stellt ein globales Phänomen dar. Aber weder der Hindu- noch der Sikh-Fundamentalismus, obschon beide gleichermaßen aggressiv, militant und mit Feindbildern ihrer Gegner beladen, sind universalistisch orientiert; beide sprechen jeweils nur die eigene Gemeinschaft an.

Der religiöse Fundamentalismus im Islam greift dagegen auf die islamische Lehre vom Universalismus zurück, politisiert sie und entfaltet auf dieser Basis das neoislamische Konzept einer vom Islam beherrschten Weltordnung, die sich so aber weder im Koran noch in irgendeiner islamischen Quelle finden läßt. Der islamische Fundamentalismus will seine politische Heilsideologie der Islamischen Lösung („el-hall el-islami“) als Allheilmittel zur Überwindung der Krise der gesamten Menschheit aufzwingen.

Allein die Verwendung einer modernen, weltpolitischen Sprache verrät, daß der islamische Fundamentalismus eine Ausgeburt der Moderne ist, so sehr er sich in mittelalterlichen Symbolen präsentiert. Muß man dieses Phänomen auch dann ernst nehmen, wenn man weiß, daß nicht jeder Moslem ein Fundamentalist ist? Und was ist der Inhalt dieses neoislamischen Phänomens überhaupt? Bedeutet er eine Bedrohung?

Zunächst muß man hervorheben, daß der Islam auf eine mehr als 13 Jahrhunderte alte Religion und Kultur zurückblicken kann, die auf ihrem Höhepunkt einen Zivilisationsprozeß hervorgerufen hat, von dem auch Europa profitierte. Der islamische Rationalismus im Hochislam des frühen Mittelalters, der Glanzperiode des Islam, hat seine positiven Spuren auch in Europa hinterlassen.

Dagegen ist der Fundamentalismus eine politische Ideologie jüngeren Datums, nicht älter als etwa zwei Jahrzehnte. Wir können ihn ohne Einschränkung als eine neue Variante des Totalitarismus beschreiben.

Islamische Fundamentalisten haben eine Vorstellung von einer Gottesherrschaft entwickelt und ein Konzept von einem Islamischen System, das sie in ihrem Wunschdenken auf die gesamte Welt, nötigenfalls mit Gewalt, übertragen wollen. Nur fehlen ihnen hierzu die Mittel, so daß es bei frommem Wunschdenken bleibt.

Der Begriff Fundamentalismus („ussulija“) ist neoarabisch und läßt sich in islamischen Quellen nicht finden. Das gilt gleichermaßen für die zentralen Glaubenssätze islamischer Fundamentalisten wie Gottesherrschaft und Islamisches System.

Bassam Tibi, 48, geboren in Damaskus, ist Professor für Internationale Politik und Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen an der Universität Göttingen sowie Research Associate an der Harvard University.

Diese Hinweise untermauern die dringende Warnung vor einer folgenreichen Identifikation des Islam mit dem Fundamentalismus.

Die Fundamentalisten werden vom politischen Establishment in der Welt des Islam unter Rückgriff auf einen klassischen islamischen Begriff aus den mittelalterlichen Sektenkämpfen als Fanatiker („ghulat“) bezeichnet. Mohammed Saïd el-Aschmawi, ägyptischer Richter, Islamexperte und Berater des ägyptischen Präsidenten, hat diese Fundamentalisten als irregeleitete Moslems charakterisiert und sie mit Blick auf die islamische Sektengeschichte „Charidschiten“ genannt.

Die Charidschiten-Sekte war bereits im 7. Jahrhundert gegründet worden, und sie stand, wie schon der Name sagt – „charadscha“ bedeutet verlassen –, außerhalb der damaligen islamischen Gemeinschaft, der „Umma“. Indem das islamische Establishment die Fundamentalisten als Charumschiten abstempelt, grenzt es sie aus der gegenwärtigen islamischen Umma aus.

Der respektable Aschmawi wie auch andere auf seiten des Establishments stehende Islamgelehrte wollen aber bei dieser Ausgrenzung nicht erkennen, daß islamische Fundamentalisten seit der neoislamischen Offenbarung ihres Ziehvaters Sajjid Kutb, der 1966 unter Nasser öffentlich gehenkt wurde, genau die islamische Sektengeschichte umkehren: Sie grenzen die Umma des real existierenden Islam im 20. Jahrhundert ihrerseits aus. So behaupten sie, daß die heutigen Moslems aufgrund von Verführung („fitna“) und Invasion („ghasu“) durch den Westen vom reinen Islam abgewichen und somit in das Zeitalter der Dschahiliya, der vorislamischen „Zeit der Unwissenheit“, zurückgefallen seien. Mit anderen Worten: Die Fundamentalisten betrachten sich selbst als die wahre Umma.

Westliche Kommentatoren, die mit den innerfundamentalistischen Debatten im Islam nicht vertraut sind, werden durch die rhetorische Wortwucht der Fundamentalisten eingeschüchtert; sie wissen nicht, daß diese islamische Sekte, die sich selbst zum Kern der Umma erhebt, sich zunächst gegen Moslems selbst richtet, die von ihnen als nur nominell islamisch abgestempelt werden, und erst dann gegen den Westen.

Die Errichtung des Islamischen Systems in der Welt des Islam auf der Grundlage der Gottesherrschaft ist das Ziel der Fundamentalisten. Auf lange Sicht soll diese Leistung als eine Basis für die Islamisierung der gesamten Welt gelten. Erst wenn die heutigen 46 islamischen Staaten mit Gewalt in Gottesstaaten nach Maßstäben der Scharia verwandelt sind, kann man sich dem Westen, der Heimat der Kreuzzügler, zuwenden und ihn islamisieren. Bis diese Aufgabe in den Plan der Fundamentalisten aufgenommen wird, können Jahrzehnte vergehen.

Vorrangig ist also zunächst die Islamisierung der Moslems selbst, ihre Befreiung von der Neo-Dschahiliya. Die Islamisierung der Welt ist die politische Utopie des islamischen Fundamentalismus erst für das 21. Jahrhundert.

Moslems gibt es aber nicht nur in der Welt des Islam. In Europa leben 20 Millionen Moslems, davon 12 Millionen in

Westeuropa und 8 Millionen auf dem Balkan. Die Balkan-Moslems sind südslawische Europäer, keine Fundamentalisten. Unter ihnen bieten die heute von der Vernichtung durch serbische Killer bedrohten Bosnier ein Modell für ein friedliches Zusammenleben von Moslems und Nicht-Moslems unter den Bedingungen eines säkularen Staates.

Die Fundamentalisten stehen hier auf der anderen Seite: Serbische Ethno-Fundamentalisten zerstören im Balkankrieg das praktizierte Modell einer liberalen islamischen Auffassung vom Staat. In der islamischen Welt ziehen dortige Fundamentalisten aus den Verbrechen der serbisch-orthodoxen Ethno-Fundamentalisten bereits ihre eigenen Folgerungen: Christen haben nie mit Moslems in Frieden zusammenleben wollen.

Nicht so liberal und laizistisch wie die Bosnier sind die Diaspora-Moslems in Westeuropa, die ethnisch eine vielfältige Herkunft haben und meist als Einwanderer kamen. Am besorgniserregendsten unter ihnen ist die Gruppe der aus Süd-asien (Pakistan und Bangladesch) stammenden Moslems; diese haben im Januar 1992 in England ein islamisches Gegenparlament gegründet.

Ihr Anführer Kalim Siddiqui hob zur Rechtfertigung dieser fundamentalistischen Herausforderung an das westliche Mutterland der Demokratie hervor, daß „die moslemische Gemeinschaft Großbritanniens ein eigenes politisches System bildet, welches Anrecht auf einen Platz unter den wichtigsten Institutionen des Landes hat“. Auch in Frankreich sind die vorwiegend aus den Maghreb-Ländern stammenden islamischen Fundamentalisten bestrebt, ihre eigene politische Gemeinde zu bilden; entsprechend lehnen sie die Integration mit ähnlichen Argumenten wie die Siddiquis ab.

In Deutschland gibt es zwar im stillen wirkende Islamische Zentren, aber die Mehrheit der Türken ist für eine fundamentalistische Offenbarung nicht zu gewinnen. Das hat spezifisch kulturelle Ursachen und ist auch darin begründet, daß in der Türkei der säkulare Kemalismus weitgehend Fuß gefaßt hat.

Das bedeutet natürlich nicht, daß es in den türkischen Zentren und Koran-Schulen in Deutschland keinen Fundamentalismus gäbe, ganz im Gegenteil. Doch ist die Lage in Deutschland vergleichsweise besser als in England und Frankreich, weil die Türken integrationswilliger sind.

Während viele deutsche Gesinnungsethiker in jeder Kritik am Fundamentalismus den Versuch sehen, neue Feindbilder als Ersatz für den untergegangenen Kommunismus aufzubauen, fordern die Franzosen von den Migranten die Bereitschaft zur Integration, was wohl nicht mit Franzöisierung gleichgesetzt werden kann. Denn Integration der Moslems bedeutet hier Anerkennung der Basisgrundsätze der politischen Kultur der Moderne: Laizität, Pluralismus und Toleranz, das heißt uneingeschränkte Freiheit des Andersdenkenden, also nicht im Sinne der Duldung von Christen und

Juden nur als Schutzbefohlene unter dem Banner des Islam, wie der islamische Toleranzbegriff besagt.

Bei einem Expertentreffen am Pariser Institut du Monde Arabe habe ich hierfür den Begriff Euro-Islam geprägt, im Gegensatz zum Ghetto-Islam. Der Franzose Alain Finkielkraut, der aus dem linken Lager kommt, nennt die Preisgabe der politischen Kultur Europas zugunsten einer Dritte-Welt-Einwandererkultur, die weder Demokratie noch eine Menschenrechtstradition hat, „La défaite de la pensée“, die Niederlage des Denkens.

Im Gegensatz zu Frankreich wird in Deutschland das Problem des von Zuwanderern eingeführten Fundamentalismus durch eine Kombination aus deutscher Fremdenfeindlichkeit und deutscher Gesinnungsethik kompliziert. In diesem Fall prallt Ausländerhaß, der Deutschland in eine Festung gegen Fremde verwandeln will, auf deutsche gesinnungsethische Fremdenliebe, die Deutschland am liebsten als ein Flüchtlingslager für alle Verfolgten und Verelendeten dieser Welt sehen möchte. Dabei sind für die Betroffenen Xenophobie und Xenophilie zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Die Angst vor dem Fundamentalismus muß bewältigt werden, damit sie die Ausländerfeindlichkeit nicht noch steigert. Eine Politik der politischen und demokratischen Integration der Moslems in Europa bietet sich als Alternative zum Aufbau fundamentalistischer Zentren in Europa an. Diese Zentren behindern die Integration und vertreten in Wirklichkeit ein Konzept des Ghetto-Islam, welches den Fundamentalismus unter den Zuwanderern fördert.

In Europa ist eine kombinierte Einwanderer- und Integrationspolitik das beste demokratische Mittel gegen den Fundamentalismus. Im Umgang mit den islamischen Staaten gilt es, den Dialog mit dem liberalen Islam als Friedensdialog zu etablieren und zu fördern. Auch muß man hierbei gewissen islamischen Staaten helfen, ihre ökonomischen Probleme zu bewältigen. Wie der Fall Algerien zeigt, sind ökonomische Krisen oft das Futter für die fundamentalistische Mobilisierung.

Als Alternative dazu kann beispielsweise die Einbindung Marokkos in die Europäische Gemeinschaft eine Hilfe gegen den dortigen Fundamentalismus sein. Auch der Türkei sollte man nicht die kalte Schulter zeigen; sie bietet ein säkulares Modell der Mäßigung.

Dagegen sind realpolitische Geschäfte mit fundamentalistischen Regimen im Iran und im Sudan kein Beitrag zu einer glaubwürdigen europäischen Reaktion auf die fundamentalistische Herausforderung.

Auch die Tatenlosigkeit des Westens gegenüber den Verbrechen der großserbischen Ethno-Fundamentalisten ist nicht geeignet, liberale gegen fundamentalistische Moslems zu stärken. Innerhalb Europas und in seiner Umwelt gibt es eine reale fundamentalistische Herausforderung; man sollte sie sehr ernst nehmen, auch wenn noch kein Anlaß zur Panik besteht.

